



Die große Umverteilungsmaschine

Norbert Bernholt, Klaus Simon

Dezember 2017

Das freie Unternehmertum wird oft als Leistungsträger gepriesen, und das ist auch zutreffend. Doch die Kapitaleigner spielen dabei eine fatale Rolle.

* Zinsüberschuss im Bankensektor

Jeder weiß es: für Guthaben erhält man wenig Zinsen (derzeit fast gar keine), für Kredite dagegen muss man mehr berappen. Die sich daraus ergebende Differenz ist eine der Gewinnpositionen von Geschäftsbanken. Der Zinsüberschuss deutscher Kreditinstitute betrug 2015 satte 95,6 Mrd. € (Deutsche Bundesbank).

Fast 100 Mrd. € verdient der deutsche Bankensektor jährlich an der Erfüllung seiner volkswirtschaftlichen Aufgabe, Investitionsmittel auszureichen: eine stattliche Dienstleistungsgebühr ...

→ „Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh“ (*Henry Ford*).

* Zinsdienst für Staatsschulden

Der Staat hat hoheitliche Aufgaben zu erfüllen und braucht dafür Geld. Sind die Steuereinnahmen nicht ausreichend, muss er sich verschulden. Er nimmt dann am Kapitalmarkt Kredite auf – und muss von nun an (und immer weiter) Zins an die Kapitalgeber zahlen.

Die Summe der Neukreditaufnahmen der Bundesrepublik summierte sich von 1970 bis 2010 auf 2.013 Mrd. €, dem stehen in diesen 40 Jahren staatliche Zinszahlungen von 1.625 Mrd. € gegenüber (*Helmut Creutz*). Damit blieben dem Staat nur 19 % der aufgenommenen Schulden für seine Investitionen übrig, 81 % flossen direkt als Zins zurück: an Morgan Stanley, Deutsche Bank, Goldman Sachs, UBS Deutschland AG, HSBC Trinkaus & Burkhardt, Société Générale S.A., ...

* Subventionen und Banken“rettung“

Noch krasser ist die sog. Bankenrettung, sie hat 2010 den schlagartigen Anstieg der Staatsverschuldung um 304 Milliarden € wesentlich verursacht.

Allein die Übertragung von Risikopapieren der Hypo Real Estate in die FMS Wertmanagement sowie die Stützungsmaßnahmen der Ersten Abwicklungsanstalt für die WestLB erhöhten den Schuldenstand zum Jahresende 2010 um 232,2 Milliarden € (Statistisches Bundesamt).

→ Die Banken können spekulieren wie sie wollen, und wenn es schief geht, kommen die Steuerzahler dafür auf. Das ist fast wie im Paradies. Für die Banken.

Ein großer (nicht gesondert ausgewiesener) Posten im Bundeshalt sind die Wirtschaftssubventionen. Der Staat möchte dadurch Industriezweige ankurbeln bzw. wettbewerbsfähig halten. Im Grunde handelt es sich jedoch um Geschenke an die Kapitaleigner, deren Investitionen dank der Subvention profitabel werden.

Die öffentliche Förderung der Atomenergiegewinnung betrug zwischen 1950 und 2010 194,9 Milliarden € ohne Kosten für DDR-Altlasten (Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft); Greenpeace rechnet mit weiteren 100 Milliarden für die Restlaufzeit der deutschen Atomkraftwerke. Und das Umweltbundesamt kritisierte 2010 Subventionsgelder der Bundesregierung in Höhe von 51,5 Milliarden € als umweltschädigend.

* Unser täglich Zinstransfer

Und es gibt noch eine weitere Pipeline, welche unentwegt Geld von unten nach oben saugt: die Zinsanteile an den Preisen. Damit ist der Anteil aller privaten Konsumausgaben gemeint, der auf die Kapitalkosten entfällt.

Im jeweiligen Endpreis verbirgt sich immer eine ganze Kaskade von Zinslast. Ihr durchschnittlicher Anteil wird zwischen 30 bis 40 % (*Helmut Creutz*) und 10 % (*Gerhard Niederegger*) geschätzt. In jedem Fall ist es ein vierstelliger Betrag pro Jahr und Haushalt. Wer nicht in gleicher Höhe über Zinseinkünfte verfügt, zählt zu den Verlierern des Systems und wird Jahr für Jahr geschoren ...

Wenn man Miete zahlt, wird der Wohnungsbauinvestor einen Gutteil davon als Zins seiner Kredite weiterreichen müssen. Aber auch der Kaufpreis, den er für den Wohnhausneubau gezahlt hat, enthielt Zinsanteile: für den Bürohauskredit des Auftragnehmers, für die Grundstückspacht der Baufirma und den Kredit des neuen Krans, für die Beschaffung der Ausgangsstoffe usw.

* Inflation

Auch Inflation ist ein Umverteilungsinstrument, das der Mehrzahl der Menschen Nachteile beschert – den Kapitalinvestoren aber Vorteile. Derzeit ist die Verbraucherpreisinflation zwar niedrig, jedoch strebt der IWF Inflationsraten von bis zu 6 Prozent für „einige Euro-Länder“ an.



Rechenbeispiel von *Christian Kreiß* bei einer Inflationsrate von 10 %:

a) Ein Sparer legt 10.000 € als Altersvorsorge zurück. Nach zehn Jahren entspricht dieser Betrag noch einem Gegenwert von 3.860 €. Trotz Sparzins von beispielsweise 4 % wird er pro Jahr 6 % verlieren. Für ihn ist Inflation ein Verlustgeschäft.

b) Im gleichen Zeitraum nimmt eine Firma einen 1-Millionen-Kredit auf, der nach zehn Jahren rückzuzahlen ist. Bei 10 % Inflation wird sie die Preise jährlich um etwa 10 % anheben, sie hat durch Inflation keinen großen Verlust. Bei Rückzahlung nach zehn Jahren aber muss die Firma nur noch einen Gegenwert von 386.000 € entrichten: Sie hat durch Inflation einen enormen Gewinn.

* Steuerflucht

Und als wären all die bisher genannten Punkte noch nicht genug, entziehen sich Unternehmen oft auch noch der Bezahlung jener Steuern, die ihr Agieren erst ermöglichen (indem der Staat davon Bildung sowie Infrastruktur usw. finanziert). Deutschland verliert jährlich rund 100 Milliarden € Einnahmen durch Steuerhinterziehung (Hans Böckler Stiftung).

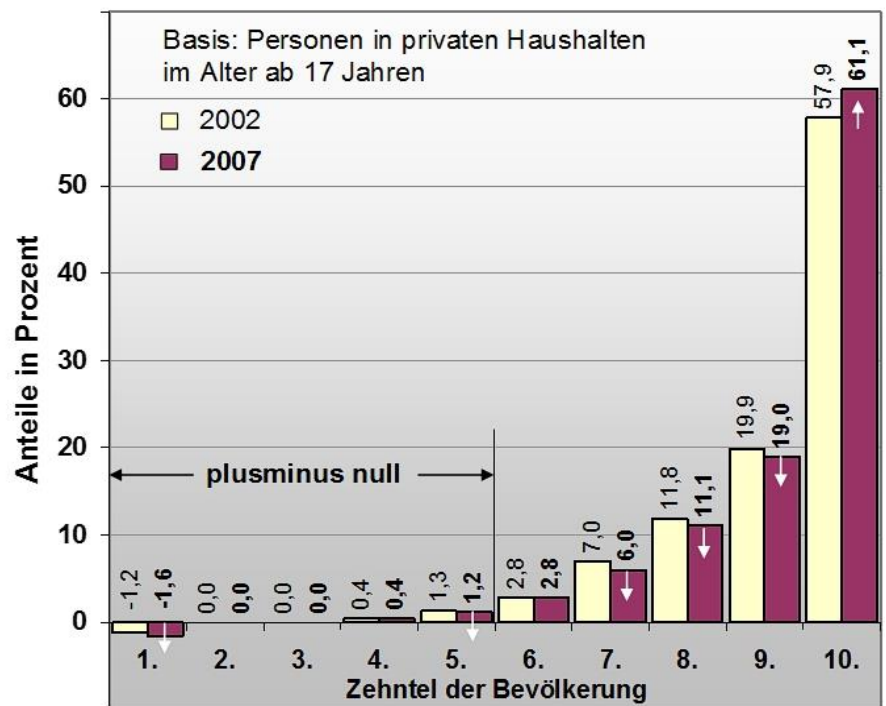
→ Die dokumentierten Fakten zeigen eine stete Umverteilung von „unten“ nach „oben“. Das Statistische Bundesamt weist die deutschen Vermögenseinkommen nicht separat aus; für 2010 schätzt *Dirk Löhr* die Summe privater Kapitaleinkünfte auf 305 Milliarden €. Das ist die Größenordnung des gesamten Bundeshaushalts! Jahr für Jahr fließt derart viel Geld an die Kapitaleigner, und diesen riesigen Bezügen steht keine andere Leistung gegenüber als das bloße Überlassen ihres Kapitals – von dem sie ohnehin mehr haben, als sie brauchen. Das alles bleibt nicht ohne Folgen auf die Verteilung.

Der Reichtum der einen ist die Armut der anderen

Es ist wie beim Monopoly: die in der Schlossallee bekommen immer mehr. Und weil die Menge begrenzt ist, die sich verteilen lässt, fehlt den Vielen das, was die Wenigen zu viel haben. Das zeigt sich auch in Deutschland. Bereits 2007 saldierte sich das Nettovermögen der Hälfte aller Deutschen zu Null, während das oberste Zehntel über mehr als 60 % allen Vermögens auf sich vereinte. Und einzig dieses oberste Zehntel verzeichnete gegenüber 2002 einen Zuwachs, das Vermögen des Mittelstands dagegen schmolz ab (weiße Pfeile):

In der Zwischenzeit ist die Entwicklung weitergegangen. Im Jahr 2012 wies Deutschland die höchste Ungleichverteilung von Vermögen innerhalb der Eurozone auf (DIW 2014).

Individuelles Nettovermögen in Deutschland



Quelle: DIW Wochenbericht Nr. 4 2009

Klaus Simon 2013

Die weltweite Situation

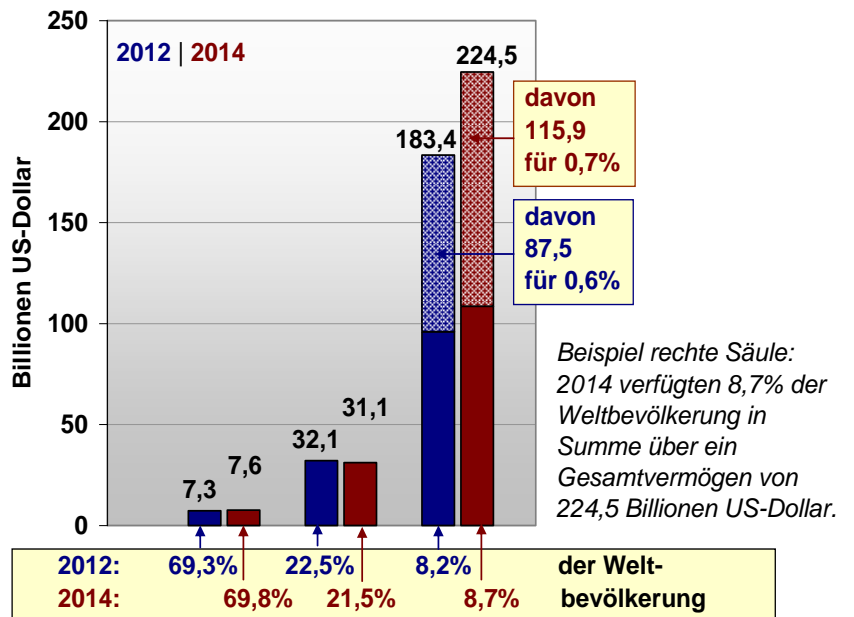
Weltweit gesehen ist die Fehlverteilung noch viel schlimmer als in Deutschland, unaufhaltsam und immer rasanter geht die Schere zwischen arm und reich auseinander.

2014 besaßen rund acht Prozent aller Menschen 224,5 Billionen US-Dollar, während mehr als zwei Drittel der Menschheit sich in 7,6 Billionen US-Dollar teilen mussten. 2016 besaßen die acht reichsten Personen schließlich mehr Vermögen als die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung (Oxfam).

Allein zwischen 2012 und 2014 wuchs das Vermögen der reichen 8,6 Prozent um 41 Billionen. Die reichsten 0,7 % besitzen seitdem mehr als alle anderen Menschen zusammen.

Das Gesamtvermögen von mehr als zwei Dritteln aller Menschen stagnierte in diesem Zeitraum bei 7 Billionen Dollar. Ein deutliches Indiz, dass Wirtschaftswachstum im derzeitigen System eben nicht zur Überwindung von Armut führt, sondern nur die Reichen reicher macht.

Verteilung des Welt-Gesamtvermögens 2012 und 2014



Quelle: Credit Suisse Global Wealth Report 2012 und 2014

Klaus Simon 2015

Diese Entwicklung ist katastrophal: 2011 starben 18 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung (Jean Ziegler). Das ist krasser als im Krieg: während des 2. Weltkrieges kamen pro Jahr durchschnittlich 9,4 Millionen Menschen um – einschließlich der zivilen Opfer...



Empfohlene Literatur:

Matthias Weik, Marc Friedrich: Der größte Raubzug der Geschichte, Tectum Verlag, Marburg 2012

V.i.S.d.P.: Norbert Bernholt, 21335 Lüneburg
nbernholt@t-online.de,
www.akademie-solidarische-oekonomie

Akademie Solidarische Ökonomie –
 in Trägerschaft der Stiftung Ökumene,
 Lindenspürstraße 30, 70176 Stuttgart

Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes, Stiftung Die Schwelle, Misereor, Evang. Kirche in Westfalen, Evang. Kirche in Kurhessen-Waldeck, Evang.-luth. Landeskirche Hannovers